

Mittelsächsische LinksWorte

23. MÄRZ 2022

NR. 171

16. JAHRGANG



Bildquelle: Flickr

Am Samstag, dem 26. Februar, traf sich die mittelsächsische LINKE zu ihrem Kreisparteitag. Im Mittelpunkt stand die Wahl eines neuen Kreisvorstandes. An der Beratung nahmen die beiden Ko-Vorsitzenden des sächsischen Landesverbandes, Susanne Schaper und Stefan Hartmann (in unserem Bild im Vordergrund Mitte und links), teil.

Wiedergewählt als Kreisvorsitzende wurde Marika Tändler-Walenta (rechts im Bild).

Zwei Tage zuvor hatte Russlands Präsident Wladimir Putin den brutalen Überfall auf die Ukraine angeordnet - ein groß angelegter russischer Angriffskrieg hat begonnen. Der Kreisparteitag protestierte eindrucksvoll, wie unser Bild belegt.

DIE DREI TITELTHEMEN DIESER AUSGABE:

1. BERICHTET:

KREISPARTEITAG UND NOMINIERUNG DES
LANDRATSKANDIDATEN DER LINKEN

2. DOKUMENTIERT:

ERGEBNISSE DER SITZUNG DES
KREISTAGES VOM 2. MÄRZ

3. ZURÜCKGEBLICHT:

DER INTERNATIONALE FRAUENTAG IN
FREIBERG UND KÖNIGSHAIN-WIEDERAU

- 2 editorial & standpunkt
- 3 auf den punkt gebracht: putins aggression
- 4/5 **titelthema 1: kreisparteitag und nominierungsveranstaltung des landratskandidaten**
- 6 **titelthema 2: der kreistag vom 2. märz**
- 7 **unsere serie - immer auf seite -7-**
„linksworte“ märzausgabe 2008
- 8 **titelthema 3: Internationaler frauentag**
- 9 mosaik
- 10 **unsere serie zur politischen bildung:**
beitrag -74-: krieg und völkerrecht
- 11 glückwünsche & kreisvorstand
& historische daten
- 12 termine & mosaik

Erscheinungstag der nächsten gedruckten Ausgabe der „Mittelsächsischen LinksWorte“ ist Mittwoch, der 20. April 2022. **Redaktionsschluss** ist am Mittwoch, dem 13. April. Unsere Leser bitten wir darum, für den Druck und die Verteilung der „Mittelsächsischen LinksWorte“ an die Ortsverbände der LINKEN und die Bürgerbüros der LINKEN im Landkreis Mittelsachsen zu spenden.

Spendenempfehlung: 12,00 Euro als Jahresbeitrag. Geldspenden unter Angabe des Verwendungszwecks „Spende für LinksWorte“ sind auch unter folgender Bankverbindung möglich:

DIE LINKE. Mittelsachsen

Sparkasse Mittelsachsen

IBAN: DE 87 8705 2000 3115 0282 10

BIC: WELADED1FGX

Kritische und polemische Zuschriften sind von der Redaktion ausdrücklich erwünscht. Bei Veröffentlichung bringen sie jedoch nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion zum Ausdruck.

Impressum

Herausgeber:



KREISVORSTAND MITTELSACHSEN

Postanschrift der Redaktion:

Kreisgeschäftsstelle der LINKEN

Redaktion „LinksWorte“

09599 Freiberg, Lange Straße 34

Telefon: 0 37 31 - 2 22 56

Telefax: 0 37 31 - 20 21 40

E-Mail: hans.weiske@dielinke-mittelsachsen.de

Redaktion: Ruth Fritzsche, Achim Grunke, Gottfried Jubelt, Kati Voigt, Hans Weiske (verantw. i.S.d.P.)

Layout und Satz: A • Bi • Te
Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske
Birkenstraße 23 b
09557 Flöha/OT Falkenau

Druck: Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG
Kalkstraße 2, 09116 Chemnitz

Internet: Die „LinksWorte“ kann man über die Webseite des Kreisverbandes der LINKEN aufrufen. Durch einen Klick kann man dort neben der jeweils aktuellen Ausgabe ein Gesamtarchiv mit allen seit November 2006 erschienen Ausgaben der „LinksWorte“ öffnen.

aus der redaktion

Liebe Leserinnen und Leser,

die Welt ist inzwischen im doppelten Sinne nicht mehr die, die sie einmal war. Nachdem vor zwei Jahren die Corona-Pandemie um sich griff und wir in ihren Bann gerieten, gibt es seit wenigen Wochen Krieg in Osteuropa. Bereits im Februar 2014 brach ein regionaler bewaffneter Konflikt aus, als russische Streitkräfte unter Bruch der europäischen Friedensordnung auf der ukrainischen Halbinsel Krim einmarschierten und Russland diese annektierten. Durch den Aufbau prorussischer bewaffneter Milizen in den ostukrainischen Regionen Donezk und Luhansk mit Unterstützung regulärer russischer Truppen wurde die Lage weiter verschärft und konnte erst durch die Minsker Abkommen im September 2014 und Februar 2015 als lokaler Konflikt stabilisiert werden. Seit dem 24. Februar erleben wir eine groß angelegte russische Invasion der Ukraine. Täglich gibt es neue Schreckensmeldungen eines erbarmungslosen Krieges und einer sich abnahnenden humanitären Katastrophe. Wir gehen mit mehreren Artikeln auf den Seiten -2-, -3- und -12- darauf ein.

Am 26. Februar kamen Genossinnen und Genossen des Kreisverbandes zum Kreisparteitag und der Nominierungsveranstaltung des Landratskandidaten der LINKEN zusammen. Im Titelthema -1- auf den Seiten -3- und -4- berichten wir ausführlich in Wort und Bild. Als Landratskandidaten wird der Kreisverband der LINKEN den parteilosen Augustusburger Bürgermeister Dirk Neubauer unterstützen, was auf der Kreiswahlversammlung durch Akklamation durch die Anwesenden einheitlich unterstützt wurde.

Derweil ist die im sächsischen Landesverband der LINKEN seit 2020 geführte Strukturdebatte in die Zielgerade eingebogen. Der neu gewählte Kreisvorstand hat sich auf seiner ersten Sitzung online ausführlich damit beschäftigt. Zugeschaltet war Tim Detzner, der Stadtvorsitzende in Chemnitz, der Mitglied der von Landesvorstand berufenen Arbeitsgruppe „Strukturreform“ ist. Zum aktuellen Stand informieren wir auf Seite -5-.

In unserem Titelthema -2- wertet der Vorsitzende der Linksfraktion im mittelsächsischen Kreistag, Gottfried Jubelt, die Sitzung des Kreistages vom 2. März aus.

Unser drittes Titelthema ist dem Internationalen Frauentag gewidmet. Wir berichten auf Seite -8- über die Frauentagsfeier der Ortsverbände Freiberg und Brand-Erbisdorf im Freiburger Hotel „Regenbogenhaus“ und von der Ehrung von Clara Zetkin in ihrem Geburtsort Wiederau und auf Seite -9- von der Verleihung des alternativen Frauenpreises des Kreisverbandes.

Der Überfall Russlands auf die Ukraine ist im weiteren Sinne auch Gegenstand unseres 74. Beitrags unserer Serie zur politischen Bildung und Information auf Seite -10-. Achim Grunke schreibt zum Thema „Der Krieg und das Völkerrecht“.

Unsere Serie, in der wir jeweils über den Inhalt der aktuellen Ausgabe der „LinksWorte“ vor 14 Jahren berichten, wird ebenfalls fortgesetzt.

Unsere Leserinnen und Lesern wünschen wir eine interessante und anregende Lektüre.

putins krieg ist kein krieg der russen und mörderische krieg

von HANS WEISKE

Was das schleichende Ende der Sowjetunion unter Gorbatschow und die Sturzgeburt der Russischen Föderation unter Jelzin betrifft, habe ich in meinem Leben schon einiges verkraften müssen. Doch was jetzt in der Ukraine passiert, sprengt für mich jeden Rahmen.

Als ich Ende der siebziger Jahre bis Sommer 1980 in Moskau studierte, war der von schwerer Krankheit gezeichnete Leonid Iljitsch Breschnew sowjetische Partei- und Staatsoberhaupt. In die Zeit fiel die militärische Intervention in Afghanistan und der Boykott der Olympischen Sommerspiele 1980 in Moskau durch die USA und 64 weitere Nationen. Ich fühlte mich damals als Gast der Sowjetunion mit ihren offenherzigen Bürgern und deren scheinbar „wahren russischen Seele“, auch wenn sie aus anderen Sowjetrepubliken kamen. Man lebte billig und sicher, an manchem fehlte es, aber ein gewisses Lebensglück war da. Dann kam nach den 1982 bis 1985 amtierenden „Kurzzeit-Parteichefs“ Juri Andropow und Konstantin Tschernenko in den Jahren 1982 bis 1985 zunächst Michail Gorbatschow und mit seinem Totengräber Jelzin das schleichende Ende der Sowjetunion. Meine Besuche bei Freunden in der Sowjetunion und die engen brüderlichen Kontakte zu den sowjetischen Streitkräften in der DDR in den Achtzigern fanden mit der politische Wende ein jähes Ende.

Meine Russisch-Kenntnisse halfen mir, nach der Wende ins sogenannte „Russland-Geschäft“ einzusteigen. Ich war im Auftrag eines Bildungsunternehmens ab 1992 mehrere Wochen im Jahr auf Dienstreisen in Moskau, St. Petersburg und Irkutsk unterwegs und begleitete umgekehrt Gruppen von Führungskräften und Fachleuten der russischen Eisenbahn bei Weiterbildungskursen in Deutschland. Ich fühlte mich mit Herz und Verstand wie ein „deutscher Russe“ und vieles, was ich im Russland der Neunziger Jahre sah, bewegte mich sehr. Denn für das Land war es unter dem „ersten frei gewählten Präsidenten“ Boris Jelzin eine schlimme Zeit. Hyperinflation mit 100.000-Rubel-Scheinen, Halbierung des Bruttonationaleinkommens, Siegeszug der Oligarchen, der erste Tschetschenienkrieg und schließlich der russische Staatsbankrott am 17. August 1998, der auch meiner unternehmerischen Tätigkeit in Russland ein jähes Ende setzte.

Auf einer Geberkonferenz in St. Petersburg lernte ich 1993 den damaligen Leiter der Abteilung Internationale Verbindungen in der St. Petersburger Stadtverwaltung kennen, einen gewissen Wladimir Putin. Als ehemaliger KGB-Offizier in Dresden war er hellhörig geworden, als ich in meinem Wortbeitrag auf der Konferenz von „Chemnitz“ sprach. Er kam auf mich zu und machte einen blendenden Eindruck. Putin strotzte vor Energie, zeigte sich mir gegenüber warmherzig und demonstrierte Umsetzungstärke, die ihn bald zum Vizebürgermeister von St. Petersburg aufsteigen lies. Später erfuhr ich, dass er von Anatoli Sobtschak, dem damaligen St. Petersburger Bürgermeister und Jelzin-Freund, in die Stadtverwaltung geholt worden war. Sobtschak war vorher Professor für Rechtswissenschaft an der Universität Leningrad und Putin (wie übrigens auch Dmitri Medwedjew) einer seiner Studenten. 1996 verlor Sobtschak völlig überraschend die Bürgermeisterwahl, was auch das St.-Petersburger Ende für Putin bedeutete, womit er endgültig aus meinem Horizont verschwand. Aber da war ja in Moskau noch der Präsident Boris Jelzin! Er holte Putin im August 1996 in die russische Hauptstadt, wo

sondern der völkerrechtswidrige eines despoten

er über die Stationen Kreni-Liegenschaftsverwaltung, Präsidialverwaltung und Direktor des russischen Inlandsgeheimdienstes im August 1999 als Wunschkandidat Jelzin mit knapper Mehrheit zum russischen Ministerpräsidenten gewählt wurde. Kurz nach seiner Wahl leitete Putin als Politiker die militärischen Aktionen des zweiten Tschetschenienkrieges und steigerte damit seine Umfragewerte enorm. Am 31. Dezember legte Jelzin für alle - aber nicht für Putin - überraschend sein Amt nieder und Putin übernahm verfassungsgemäß am 1. Januar 2000 geschäftsführend die Amtsgeschäfte des Präsidenten der Russischen Föderation. Am 26. März 2000 fanden Präsidentschaftswahlen statt, die er im ersten Wahlgang mit rund 53 Prozent der Stimmen gewann.

Was dann folgte ist gut bekannt. Putin genoss bei der großen Mehrheit der Russen ein hohes Ansehen, weil es wirtschaftlich und mit dem Lebensniveau der Menschen aufwärts ging und die Macht der Oligarchen beschnitten wurde. Zu Beginn seiner Amtszeit als russischer Präsident erklärte er die Notwendigkeit der Zusammenarbeit Russlands mit dem Westen. Aus dem Jahr 2000 stammen seine Worte, Russland sei Teil der europäischen Kultur und er könne sich die NATO nicht als Feind vorstellen. Selbst nach dem Beitritt der baltischen Staaten im Jahr 2004 betonte er, dass sich die Beziehungen Russlands zur NATO positiv entwickeln. Die Kehrseite der Medaille: Putins zunehmender Hang zu Träumereien über ein „großrussisches Reich“. Nach der schrecklichen Geiselnahme im Moskauer Dubrowka-Theater im Herbst 2002 setzte er seine kompromisslose Linie in der Tschetschenienfrage fort. In den darauffolgenden Jahren erlangten die russischen Truppen die Kontrolle in Tschetschenien. Mit seiner Rede auf der Münchener Sicherheitskonferenz 2007 vollzog er die Wende zu einer rigorosen Abgrenzung von den USA und der NATO. Noch gut in unser aller Erinnerung: die Annexion der Krim ab 20. Februar 2014 und der Krieg im Donbas ab 13. April 2014. Und jetzt die groß angelegte russische Invasion gegen die Ukraine. Ich muss ehrlich gestehen, die zunehmende Distanzierung Putins gegenüber den USA und der NATO im vergangenen Jahrzehnt habe ich noch nachvollziehen können, bei der Annexion der Krim und der Entfaltung eines bewaffneten Konfliktes im Osten der Ukraine wurde es mir schon mulmig. Die von Putin und seinem Außenminister herangezogenen historischen Begründungen kann ich nicht nachvollziehen, sie sind größtenteils an den Haaren herbeigezogen. Selbst als gewaltige russische Truppenkontingente an der ukrainischen Grenze zusammengezogen wurden, war ich immer noch der Meinung, man wolle nur die Muskeln spielen lassen und im äußersten Falle sollten die Krim und die selbsternannten separatistischen „Volksrepubliken“ in Donezk und Luhansk militärisch „abgesichert“ werden. Leider wurde ich eines Besseren belehrt. Inzwischen zeigt sich, dass die humanitäre Notlage von Millionen Ukrainern entlang der Konfliktlinien in dauerhafte Armut umzuschlagen droht.

Dass aus einem scheinbaren Biedermann, kommt er an die Macht, ein Tyrann und Kriegstreiber werden kann, hat die Geschichte schon mehrfach bewiesen. Dass aber die Mehrheit der Russen das Spiel mit der „begrenzten militärischen Spezialaktion“ zur Befriedung der Ukraine scheinbar nicht durchschaut, macht mich fassungslos. Putins Krieg ist kein Krieg der Russen - er ist ein von einem Despoten vom Zaune gebrochener völkerrechtswidriger, mörderischer Krieg gegen unschuldige Menschen.

die forderungen der linkspartei gegen den russischen angriffskrieg

- 1 Die russischen Truppen müssen sofort zurückgezogen werden!
- 2 Alle diplomatischen Möglichkeiten müssen zur Deeskalation genutzt werden! Die Umsetzung des Minsker Abkommens bleibt das Ziel
- 3 Vereinbarung eines militärfreien Sicherheitskorridors an der ukrainisch-russischen Grenze sowie an der Grenze von Russland und NATO-Mitgliedsstaaten.
- 4 Geflüchtete schützen - Grenzen auf! Abschiebungen und Pushbacks aus der EU in die Krisenregion müssen sofort gestoppt werden. Solidarische Aufnahme von Kriegsdienstverweigerern.
- 5 Eine neue europäische Sicherheitsarchitektur und ein Ende jeder Großmachtpolitik!



Auch der sächsische Landesvorstand der LINKEN und die Abgeordneten der LINKEN im Sächsischen Landtag protestieren unter der Losung „**Putin stoppen, Kriegstreiber sanktionieren, Kriegsoffern helfen – demokratische Widerstandskraft statt Wettrüsten!**“ gegen den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine. Er kann auf der Themenseite des Landesverbandes im Internet nachgelesen werden.

aktuell wie selten zuvor

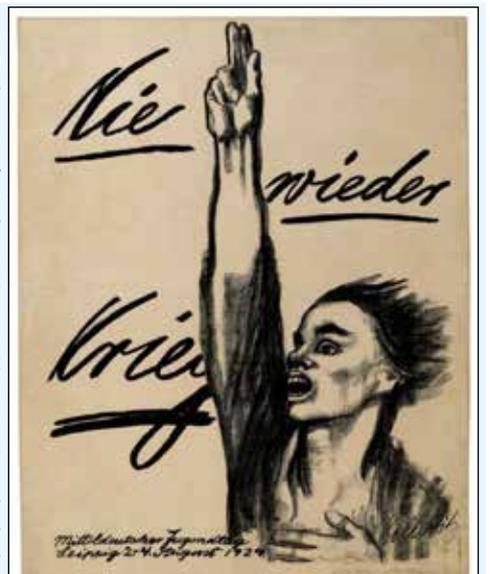
Im August 1924, um den 10. Jahrestag des Kriegsbeginns, finden in ganz Deutschland Massendemonstrationen statt, zu denen - seit 1920 jedes Jahr - der Aktionsausschuss der „Nie wieder Krieg Bewegung“ aufgerufen hat.

Mit dem Plakat für die „Sozialistische Arbeiterjugend“ in Leipzig schafft KÄTHE KOLLWITZ das bis heute wohl bekannteste deutsche Anti-Kriegsplakat, das auch in der Friedensbewegung der 1970er und 1980er Jahre immer wieder genutzt wurde. Die Ursache für diese enorme Wirksamkeit ist sicher nicht nur im Formal-Ästhetischen, sondern mehr noch in der Art zu suchen, wie die Künstlerin das Thema bewältigt hat.

Ein junger Mann erhebt mit leidenschaftlicher Gebärde die Hand zum Schwur, sein Arm ist, die ganze Bildhöhe ausfüllend, emporgereckt; die linke Hand hat er zur Bekräftigung des Eids auf sein Herz gelegt und sein Mund ist aufgerissen zu dem Ruf: »Nie wieder Krieg!«

Eindringlich hat dieser beschwörende Appell, durch den Käthe Kollwitz den Betrachter zur Identifikation auffordert, in dem Jungen Gestalt angenommen. Dieser steht gegen einen scharfen Wind gewandt, die Haare wehen, sein Gesichtsausdruck verrät äußerste Anspannung. Die Darstellung wird - graphisch ideal gelöst - durch die schwungvolle Handschrift der Kollwitz ergänzt. Der das Bild beherrschende, hochgereckte Arm überschneidet teilweise das von der Kollwitz zweimal kräftig unterstrichene Wort »Krieg« und dient so gleichzeitig als Ausrufezeichen.

So wenig sie ihre individuelle künstlerische Handschrift für ein Plakat zurücknimmt, so sehr bleibt sie sich auch in dem von ihr handgeschriebenen Schwur treu. Gerade darin mag das subjektive und emotionale Erscheinungsbild dieses Antikriegsplakates »Nie wieder Krieg« seine Wirkung begründen.



Text: Käthe Kollwitz Museum Köln

Am Samstag, dem 26. Februar, fand in der „Alten Baumwolle“ in Flöha ein Kreisparteitag und die Nominierungsveranstaltung für den Landratskandidaten der LINKEN statt. Die Hauptaufgabe des Parteitages war die Wahl eines neuen Kreisvorstandes. Von der Veranstaltung ging die energische Forderung nach dem unverzüglichen Rückzug der russischen Truppen aus der Ukraine aus. (siehe dazu auch unsere Titelseite). Auf der Grundlage eines einstimmigen Beschlusses des „alten“ Kreisvorstandes wurde der im Anschluss an den Parteitag einberufenen Kreiswahlversammlung vorgeschlagen, den parteilosen Augustusburger Bürgermeister Dirk Neubauer als Landratskandidaten der LINKEN zu nominieren. Dieser konnte wegen häuslicher Quarantäne nicht an der Veranstaltung teilnehmen, war aber mit einer online vorgetragenen Videobotschaft im Tagungssaal zugeschaltet. Seine Kandidatur wurde per Akklamation bestätigt.



Oberes Bild: Die beiden Landesvorsitzenden **SUSANNE SCHAPER** (rechts) und **STEFAN HARTMANN** (2.v. links) gratulieren der in Einzelwahl zur Kreisvorsitzenden gewählten **MARIKA TÄNDLER-WALENTA** (Döbeln-Roßwein, links), deren beiden Stellvertreter*innen **ANGELIKA SCHUBERT** und **ARNDT SCHARFENSTEIN** (beide Brand-Erbisdorf, 2. u. 3. v. rechts) und Schatzmeister **HANS WEISKE** (Flöha, 3. v. links).

Unteres Bild: In den neuen Kreisvorstand wurden 12 Genossinnen und Genossen gewählt. Von links nach rechts **PETER EMMRICH** (Waldheim-Hartha), Hans Weiske, Arndt Scharfenstein, **TOBIAS KRAUSE** (Frankenberg), **TIFFANY DIETZE** (Penig-Lunzenau), Marika Tändler-Walenta, **JÖRG HOMMEL** (Frankenberg), **DIETER ERLER** (Rochlitz) **MARINA MORGENSTERN** (Flöha) und **ANGELIKA SCHUBERT**. Nicht im Bild **SIEGLINDE MOSCHKE** und **KERSTIN SAUPE** (beide Döbeln). Am Tisch der Versammlungsleitung ganz rechts der Landesgeschäftsführer **LARS KLEBA** (Brand-Erbisdorf). (In Klammern die jeweiligen Ortsverbände)



Zum vierten Male vergab DIE LINKE Mittelsachsen anlässlich des Internationalen Frauentages einen alternativen Frauenpreis. (Siehe dazu Seite-9-). Auf dem Kreisparteitag wurden von der Kreisvorsitzenden **MARIKA TÄNDLER-WALENTA** mit **RITA HILLMANN** aus Oederan und **REGINA KLUGE** aus Rechenberg-Bienenmühle zwei Genossinnen mit einem Ehrenpreis ausgezeichnet. Damit wurden zwei Frauen geehrt, welche sich in ihren gesamten bisherigen Leben sowie auch heute noch im hohen Alter, gesellschaftlich auf verschiedenen Gebieten engagieren.



Nach der Eröffnung durch die Kreisvorsitzende Marika Tändler-Walenta wurden die Teilnehmer des Kreisparteitages durch den Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Flöha, **VOLKER HOLUSCHA**, begrüßt. Er war bereits im Februar von seinem Ortsverband der LINKEN erneut als Oberbürgermeister-Kandidat nominiert worden. Die „LinksWorte“ berichteten.



Nach der Konstituierung des Kreisparteitages sprach die Kreisvorsitzende **MARIKA TÄNDLER-WALENTA**. Neben einer Bilanz des Kreisverbandes in der vergangenen Wahlperiode - fast durchgängig geprägt durch die Pandemie - richtete sie den Blick auf die Schwerpunkte dieses Jahres mit den Landrats- und Bürgermeisterwahlen in der Mehrheit der 53 Kommunen des Landkreises Mittelsachsen.



Viel Prominenz auf dem Kreisparteitag. Die beiden Landesvorsitzenden **SUSANNE SCHAPER** und **STEFAN HARTMANN** nahmen teil. Stefan Hartmann, der nach seiner Kandidatur als Direktkandidat im Bundestagswahlkreis „Mittelsachsen“ im vergangenen Jahr Mitglied unseres Kreisverbandes geworden ist, hielt eine Rede, in welcher er den Standpunkt des Landesvorstandes zur Aggression Russlands gegen die Ukraine erläuterte.

kandidatur von dirk neubauer aus augustusburg

nominierungsveranstaltung mit videoschleife



Zur Nominierungsveranstaltung für den Landratskandidaten war der parteilose Augustusburger Bürgermeister **DIRK NEUBAUER** mit einer Videobotschaft online zugeschaltet. Seine Kandidatur wurde von den Anwesenden per Akklamation unterstützt. Allerdings muss er als Parteiloser 240 Unterstützungs-Unterschriften von Bürgerinnen und Bürgern des Kreises erbringen, um kandidieren zu können.

Am 12. Juni finden in neun der zehn sächsischen Landkreise Landratswahlen und in einer großen Mehrheit der Städte und Gemeinden Sachsens Bürgermeisterwahlen statt. Vor sieben Jahren gab es in Mittelsachsen nur zwei Landratskandidat*innen: Der von der CDU nominierte damalige Oberbürgermeister von Mittweida, **MATTHIAS DAMM** und die von der LINKEN nominierte und von SPD und Grünen unterstützte damals weithin noch unbekannt **MARIKA TÄNDLER-WALENTA**. Nach einem engagierten Wahlkampf errang sie mehr als 34 Prozent der Stimmen.

Diesmal ist die Ausgangssituation eine gänzlich andere. Um das Amt des Landrates werden sich wahrscheinlich drei Kandidaten bewerben: Der Döbelner Oberbürgermeister und Kreisvorsitzende der CDU, **SVEN LIEBHAUSER**, der AfD-Landtagsabgeordnete **ROLF WEIGAND** und der parteilose Bürgermeister von Augustusburg, **DIRK NEUBAUER**. Letzteren unterstützen neben der LINKEN und den Grünen auch die SPD - scheinbar allerdings nur halbherzig, da Neubauer im Frühjahr des vergangenen Jahres aus der SPD ausgetreten ist. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird es drei Wochen später - am 3. Juli - einen zweiten Wahlgang geben, da keiner der (wahrscheinlich) drei Kandidaten im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit erreichen wird.

Über die Agenda und das Credo von Dirk Neubauer kann man sich am besten auf seiner Webseite <https://dirkneubauer.de>

informieren. Dort findet man u.a. die Videobotschaft, mit der er sich vorstellt und sein Programm unter dem Motto: **„Mein Programm. Aber es ist DEIN Kreis.“**

Seine Agenda umfasst fünf Abschnitte:

1. Der Landkreis der Leute
2. Der Landkreis der modernen Regionen
3. Der digitale und forschende Landkreis
4. Der nachhaltige Kreis
5. Daseinsvorsorge & Gesundheit

Sein Credo: „Es leben 300.000 Menschen in unserem riesigen Kreis. 300.000 Gründe, endlich anzufangen, eine offene und zukunftsgerichtete Politik zu machen: Mit den Menschen. Nicht über Köpfe hinweg.“

Wie das geht? **Mit Vertrauen. Mit Mut und mit offenen Strukturen, die es den Bürgerinnen und Bürgern wieder möglich machen, selbst zu entscheiden. Der Landkreis ist kein Königreich. Er gehört jenen, die hier leben. Und deshalb müssen die, die hier leben, auch gehört werden. Und die Chance haben, mitzutun. Nur so werden wir die Zukunft meistern. Weil wir sie gestalten.“**



Marika Tändler-Walenta hat als Kreisvorsitzende der LINKEN alle Parteimitglieder und Sympathisant*innen dazu aufgerufen, die notwendigen Unterstützungs-Unterschriften für Dirk Neubauers Kandidatur im jeweils wohnortnahen Rathaus zu leisten. Diese Listen liegen seit 15.02.2022 in allen mittelsächsischen Rathäusern aus. Unterstützungs-Unterschriften können bis zum 06. April geleistet werden. Dirk Neubauer benötigt 240 Unterstützungs-Unterschriften von Bürger*innen des Landkreises Mittelsachsen.

strukturdebatte im schlussspurt



In unserer Februar-Ausgabe war die Strukturdebatte im sächsischen Landesverband der LINKEN ein Titelthema. Inzwischen befindet sie sich kurz vor ihrem Abschluss. Dazu wurde vom Landesvorstand ein parteiinternes Material zur Zusammenfassung des bisherigen Standes der Strukturdebatte herausgegeben. Anfang dieses Jahres formulierte die Arbeitsgruppe „Strukturreform“ - „noch bleibt Zeit, so breit und intensiv wie möglich noch einmal in die Debatte zu gehen.“ Dazu wurde von den Genossinnen und Genossen der Arbeitsgruppe angeboten, zeitnah an den Kreis- oder Stadtvorstandssitzungen oder sonstigen Beratungen und Veranstaltungen in den Stadt-, Kreis- und Ortsverbänden bzw. landesweiten Zusammenschlüssen teilzunehmen, um über die vorliegenden Vorschläge und Möglichkeiten von Strukturanpassungen zu diskutieren.

Diese Möglichkeit wurde von unserem Kreisverband genutzt. Debattenpartner der ersten Online-Sitzung des neu gewählten Kreisvorstandes war Tim Detzner als Mitglied der Arbeitsgruppe „Strukturreform“. Tim Detzner ist Vorsitzender des Stadtverbandes Chemnitz der LINKEN. Er informierte uns über den aktuellen Stand der Strukturdebatte. Diese wird u.a. geprägt von einem demografisch bedingten Mitgliederrückgang und den kurzfristigen, umbruchsartigen Herausforderungen z. B. aus den wegbrechenden Strukturen in Folge des katastrophalen Wahlergebnisses zur Landtagswahl 2019. Gegenwärtig wird die 2. Tagung des 16. Landesparteitages am 14. Mai vorbereitet, auf welcher über die vorgeschlagenen Struktur- und Satzungsänderungen debattiert und ein Mitgliederentscheid vorbereitet wird. Im Mittelpunkt dieses Mitgliederentscheids wird die Strukturreform stehen. Angedacht ist, dass der Mitgliederentscheid im September/Oktober stattfindet und die Ergebnisse auf der 3. Tagung des 16. Landesparteitages (voraussichtlich am 5. November) vorgestellt werden.

Untrennbar verbunden mit der Strukturreform ist die Diskussion eines neuen solidarischen Finanzmodells. Auch dazu hat der Landesvorstand eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die einem „kleinen Parteitag“ im Sommer einen Vorschlag für die künftige solidarische Finanzierung im Land und in den Kreisen vorlegen soll. Ziel ist es, dass dieses solidarische Finanzierungsmodell im kommenden Jahr inkraft tritt.

Wie schon immer in den letzten beiden Corona-Jahren fand die Sitzung des Kreistages unter Auflagen in der „Harth-Arena“ in Hartha statt.

Das einzig wirklich Interessante bei den umfangreichen Informationen des Landrates war die Erklärung des Kämmerers, Dr. Trumpp, dass er noch nicht in der Lage ist, gefestigte Aussagen zur finanziellen Entwicklung im Jahr 2021 zu machen.

Zumindest kurios war dann die Abbestellung des stellvertretenden hauptamtlichen Kreisbrandmeisters, der ja erst im Juli 2021 in diese Funktion berufen worden war. Mit der Streichung der Vorlage zur Betreuung des „Miniaturopark Klein-Erzgebirge“ durch die Mittelsächsische Kultur gGmbH ab 01. April war die Tagesordnung sehr überschaubar geworden. Trotzdem dauerte die Sitzung deutlich über drei Stunden. Dazwischen musste eine Pause eingelegt werden, da die Verwaltung festgestellt hatte, dass das bei FFP-Masken so vorgeschrieben ist.

Hauptgrund war aber die **Diskussion über die neue Schülerbeförderungssatzung des VMS Verkehrsverbund Mittelsachsen GmbH (ZVMS)**. Fast jede Fraktion hatte dazu einen Antrag eingebracht. Da musste der Landrat erst mal feststellen, welcher Antrag der am weitesten gehende ist. Das war dann der von der SPD. Die wollten den Punkt ganz streichen und auf den Kreistag im Mai vertagen. Das wurde natürlich abgelehnt. In der Begründung für unseren Antrag habe ich sogar den Minister Dulig zitiert und wie er an die Vernunft der Abgeordneten appelliert, es hat aber leider nichts genützt. Die CDU/RBV-Fraktion hat ihren Antrag schnell und leise zurückgezogen. Der sah vor, dass der Landrat der neuen Satzung in der Verbandsversammlung nicht zustimmen soll. Außerdem sollte er beauftragt werden, dafür Sorge zu tragen, dass die anspruchsberechtigten Grundschüler nicht schlechter gestellt werden, als bisher! Dafür hat man dann dem Änderungsantrag des Landrates das Wort geredet. Mit diesem Antrag soll der Eigenanteil für alle Grundschüler bei 60 Euro pro Jahr gedeckelt werden. Das ist immer noch das Dreifache des gegenwärtigen Eigenanteils. Als Jana Pinka nachfragte, wie denn die Landräte auf diese Summe gekommen sind, machte der Landrat eine „Milchmädchenrechnung“ über die allgemeine Kostensteigerung auf. Tatsache ist aber, dass fast alle Schüler den normalen Linienverkehr nutzen. Damit kann aber eine direkt auf die Schülerbeförderung bezogene Kostenentwicklung nicht nachgewiesen werden. Kostete eine normale Monatskarte für eine Zone 2020 55,80 Euro und aktuell 55,80 Euro, so ist das eine Steigerung auf 105 Prozent! In der Begründung zum Änderungsantrag des

Landrates wird dann noch vorgerechnet, dass die 120 Euro Zuschuss durch den Landkreis für 12.500 Grundschüler inklusive über 316.000 Euro Verwaltungsaufwand für 3,5 Vollzeitstellen den Haushalt jährlich mit 1.576.750 Euro belasten. Meine Frage, warum die über 3,5 Mio Euro, die der Landkreis als Zuschuss von der Regierung erhält, hier nicht eingerechnet sind, blieb leider unbeantwortet. Die Verwaltung hat also rund 2 Mio Euro einfach unter den Tisch fallen lassen. Diese Summe wird dann wahrscheinlich einfach zur Stabilisierung des Kreishaushaltes genutzt! Es handelt sich also um eine Haushaltssanierung auf Kosten der Schüler bzw. deren Eltern. Mit der Mehrheit von CDU/RBV und AfD sowie einigen anderen Abgeordneten wurde der Antrag des Landrates beschlossen. Damit haben sich zumindest in Mittelsachsen die Befürchtungen von Herrn Dulig bestätigt. Er hat den Standpunkt vertreten, „das man sich überlegen muss, ob es politisch klug ist, zu Lasten der Jüngsten, den Kindern und Jugendlichen, Geld im eigenen Haushalt einzusparen“. Genau das aber hat die Mehrheit des Kreistages Mittelsachsen am 2. März beschlossen!

Es gab dann noch einige Zusatzanträge wie z.B. die Vereinfachung der Abrechnung der Zuschüsse, um Verwaltungskosten zu sparen. Oder wie Personen, die Einrichtungen des zweiten Bildungsweges besuchen, wie bisher den Zugang zum Bildungsticket ermöglicht werden kann. Aber laut „Freier Presse“ vom 8. März ist das alles noch ungeklärt und in der Schwebe. In der „Freien Presse“ am 5. März war zu lesen, dass es in der Verbandsversammlung des ZVMS am 3. März keine Begründung zur Abschaffung der Schülerverbundkarte gegeben hatte. In der Beschlussvorlage stand nur, dass der VMS nur noch ein Tarifprodukt zur Schülerbeförderung anbieten möchte! Mit dem Bildungsticket werde die Verbundkarte entbehrlich! Das kann man durchaus schon als Zynismus bezeichnen oder der VMS ist Staat im Staat, egal, was der Minister will.

Nachfolgend stand unser Antrag zur „Erarbeitung eines regionalen Energie- und Klimaschutzprogramms“ auf der Tagesordnung. Wir hatten ja der Verschiebung vom Dezember- auf den Märzkreistag zugestimmt. Gewohnt sachlich und begründet hat Jana Pinka unseren Antrag erläutert. Es war zwar inzwischen bekannt geworden, dass die Verwaltung auf diesem Gebiet einiges getan und auf den Weg gebracht hat, aber eben am Kreistag vorbei! Um das zu ändern, um den Kreistag einzubinden, war unser Antrag die einzige Möglichkeit. Im Protokoll zum Kreistag sollte dann auch stehen, dass die Verwaltung regelmäßig über erreichte Ergebnisse und neue Vorhaben berichtet.

weitere informationen zum kreistag vom 2. märz

Quelle: Webseite des Landkreises Mittelsachsen

Straßenbau: Landrat wurde für Vergaben ermächtigt

Bei Vergaben von Bauleistungen ist ab einem Wert von 300.000 Euro der Ausschuss für Umwelt und Technik zuständig. Wenn aus terminlichen Gründen in dem Gremium keine Vergabe erfolgen kann, dann kann der Landrat auch entsprechende Zuschläge ohne den Ausschuss tätigen, da die Maßnahmen bekannt und im Haushaltsplan verankert sind. Dazu hat ihn der Kreistag am Mittwoch ermächtigt. Konkret betrifft dies in diesem Jahr acht Projekte mit einem Volumen von 4,6 Millionen Euro. In vollen Umfang können dies nur mit Fördermitteln realisiert werden. So ist der Bau der Kreisstraße (K) 7545 zwischen Naunhof und Bockelwitz und die Erneuerung der Straße und eines Durchlasses in Dorfchemnitz derzeit nicht möglich. Der Straßenbau ist nach Angaben von Landrat Matthias Damm ein ganz wichtiges Thema im ländlichen Raum. „Als Landkreis können wir unser Kreisstraßennetz nicht allein mit Eigenmitteln sanieren, wir benötigen hierzu die wichtigen Fördermittel. Leider hat sich diese Situation nicht verbessert“, so Damm. Er setzt sich für ein angemessenes Straßenbauprogramm ein. Gesichert ist die Finanzierung über eine Pauschale des Freistaates für die Straßen in Erlebach und Wetterwitz sowie der Kirchgasse in Oederan. Auf einer Länge von 1,3 Kilometern soll die Fahrbahn der K 8212 im Bereich Erlebach erneuert. Die Kosten belaufen sich auf rund eine Million Euro. Hier laufen derzeit die Abstimmungen zum nötigen Grunderwerb. Die Große Kirchgasse in Oederan steht unter Denkmalschutz. Daher wird hier das vorhandene Kleinpflaster für rund 600.000 Euro durch helleren Asphalt ersetzt. Zwischen Seifersdorf und Wetterwitz soll in diesem Jahr der erste Abschnitt der Fahrbahn auf einer Länge von rund 600 Metern in einem Wertumfang von rund 400.000 Euro erneuert werden. Ebenfalls gesichert ist die Finanzierung der Sicherung einer Böschung an der K 7515 in Leisnig. Hier besteht die Gefahr eines Abrutschens der des Fahrbahnrandes in die Freiburger Mulde. Ein neuer Kopfbalken soll hier die Kreisstraße sichern. Diese Maßnahme wird aus Eigenmitteln des Landkreises finanziert.

Medizinstipendien vergeben

Drei weitere Medizin-Studentinnen erhalten in diesem Jahr das Medizinstipendium des Landkreises. Dabei handelt es sich um zwei junge Frauen aus dem Landkreis und eine mit familiärer Anbindung an Mittelsachsen. Sie haben ihr Studium erst begonnen beziehungsweise befinden sich im 9. Semester.

Das Stipendium wird für maximal sechs Jahre gewährt und beträgt 400 Euro monatlich. Hierfür verpflichten sich die Studentinnen und Studenten, alle Praxisphasen ihres Studiums und ihre Facharzt Ausbildung soweit möglich an medizinischen Einrichtungen im Landkreis zu absolvieren. Wer gegen die Vereinbarung verstößt – das Studium zum Beispiel abbricht oder nicht im Landkreis tätig wird – muss das Stipendium zurückzahlen. Wer nach Erteilung der Approbation keine unmittelbare Weiterbildung zum Facharzt anstrebt, verpflichtet sich, im Landkreis als angestellter Arzt in der Patientenversorgung oder im Gesundheitsamt des Landkreises tätig zu werden. Die Arztstätigkeit ist für mindestens fünf Jahre auszuüben. Mit dem Programm „Rundum gesund – Ärztin/Arzt werden für Mittelsachsen“ sollen langfristig Ärzte für den Landkreis gewonnen werden. Dafür werden jährlich bis zu drei Medizinstudenten mit einem Stipendium unterstützt, das für maximal zwölf Semester gewährt wird. Ziel ist es, dass diese sich später in Mittelsachsen als Arzt niederlassen. Insgesamt erhalten jetzt fünf Studentinnen und ein Student diese finanzielle Unterstützung. In diesem Jahr wird das zum Stipendium gehörende Mentoren-Programm aufgebaut. Die Studierenden sollen so eine persönliche Begleitung durch Fachärzte aus dem Landkreis erhalten. Interessierte Studenten können ihre Bewerbung jederzeit ans Landratsamt schicken. Bewerbungsschluss ist der 15. Juli. Über die Auswahl der Stipendiaten entscheidet der Landrat auf Vorschlag eines Auswahlgremiums. Dieses Gremium sichtet die Bewerbungen, führt Gespräche mit den Studenten und schlägt dann anhand einer regionalen Priorisierung und einer leistungsbezogenen Rangfolge dem Landrat vor, wer das Stipendium erhalten sollte. Bewerben können sich sowohl Studenten aus dem Landkreis, aber auch welche ohne Bezug zu Mittelsachsen.

was geschah bei der mittelsächsischen linken vor 14 jahren ?

Am 1. August 2008 trat in Sachsen eine „Verwaltungs- Funktional- und Kreisgebietsreform“ in Kraft. Ihr wahrscheinlich bedeutendster Aspekt für die Bevölkerung: Die Bildung von zehn Landkreisen (aus ursprünglich 22) und drei kreisfreien Städten (aus ursprünglich sieben). Einer der zehn neu gebildeten Landkreise war der Landkreis Mittelsachsen, hervorgegangen aus den in der Kreisreform 1994/1996 neu gebildeten Landkreisen Döbeln, Freiberg und Mittweida. DIE LINKE sah die Reform von Anfang an sehr kritisch und lehnte sie deshalb ab, konnte sich aber - wie zu erwarten war - mit ihrer Auffassung nicht durchsetzen.

Heute steht die März-Ausgabe 2008 im Mittelpunkt: noch immer mit dem sperrigen Titel „Döbelner, Freiberg, Mittweidaer LinksWorte“, da die „Geburt“ des neuen Landkreises Mittelsachsen für den 1. August 2008 terminiert war. Die Märzausgabe vor 14 Jahren war - wie bereits unsere „LinksWorte“ im Januar und Februar 2008 - geprägt von der langfristigen Vorbereitung der Kommunalwahlen (Landrats-, Kreistags- und Bürgermeisterwahlen) am 8. Juni 2008 - ein Superwahltag schlechthin! Um den Leserinnen und Lesern einen Überblick auf die Schwerpunkte der Arbeit in den Monaten April, Mai und Anfang Juni zu verschaffen, stand das damalige Titelthema -eins- unter der Überschrift „die künftige Kommunalpolitik der LINKEN in Mittelsachsen“. Dabei ging es vor allem um die Vorbereitung des „Regional“-Parteitag (von einem „Kreis“-Parteitag war aus verständlichen Gründen noch nicht die Rede, außerdem war es damals noch eine

Die linke Zeitung für Döbeln, Freiberg, Mittweida www.linksworte.de

Döbelner, Freiberg, Mittweidaer LinksWorte

20. März 2008 **Nr. 7** (249) 2. (19.) Jahrgang



Die Wahlen am 08. Juni werfen ihre Schatten voraus. Die LINKE in Mittelsachsen ist gut aufgestellt. Im Titelbild der Vorsitzende des Kreisverbandes, Achim Grunke, mit den Kandidaten der LINKEN für die Bürgermeister-Posten in Freiberg, Thomas Mittelstädt (links) und Leisnig (Landkreis Döbeln), Dieter Kunadt. Anfang April finden zum Programm der LINKEN für Mittelsachsen und zur Nominierung der Kandidaten für den zukünftigen Kreistag Konferenzen statt. Mehr dazu in dieser Ausgabe.

Die Titelthemen dieser Ausgabe

Kommunalpolitik der LINKEN in Mittelsachsen Heute: Fraktionen der LINKEN im Kreistag Mittweida	Durchsetzung einer antifaschistischen Politik in Mittelsachsen Eine kritische Bilanz.	Schwerpunkte linker Politik im ländlichen Raum des Freistaats Sachsen Ein Landwirt aus Leidenschaft
---	--	--

Beratung auf Delegiertenbasis) und der Vertreter*innen-Konferenz am 5. April in Geringswalde/Hoyersdorf. Dort sollte das Wahlprogramm „Unser Programm für Mittelsachsen“, welches als Entwurf den Februar-LinksWorten beilag,

beraten und beschlossen werden. Der Vertreter*innenkonferenz kam die Aufgabe zu, einen Landratskandidaten und die Kandidierenden für DIE LINKE in den 14 neuen Kreistagswahlkreisen (drei im Altkreis Döbeln, sechs im Altkreis

Freiberg und fünf im Altkreis Mittweida) bestimmt werden. Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses waren es 60 Kandidat*innen, die Zahl erhöhte sich bis zum Regionalparteitag auf 71. Wie die abgebildete Titelseite zeigt, waren zu diesem Zeitpunkt in den Ortsverbänden bereits die ersten Bürgermeisterkandidaten nominiert worden. (Im Bild neben dem Kreisvorsitzenden Achim Grunke die Bürgermeisterkandidaten für Freiberg, Thomas Mittelstädt, und für Leisnig, Dieter Kunadt). Auch Volker Holuscha in Flöha hatte zu diesem Zeitpunkt bereits seinen Hut in den Ring geworfen.

Ein wichtiges Thema im ersten Quartal 2008 war die Antwort auf die Frage, wie sich der Regionalvorstand der LINKEN zur Antifa positioniert. Dieser Frage war in unserer März-Ausgabe das Titelthema -2- gewidmet. Die Vorgeschichte: vor allem im Landkreis Mittweida gab es eine starke Gruppe der antifaschistischen Jugend. Eine im Januar 2008 anberaumte Debatte im Regionalvorstand führte dazu, dass im Ergebnis dieser Etappe in einem von allen 47 Mitgliedern der antifaschistischen Jugend im Landkreis Mittweida unterzeichneten Offenen Brief harsche Kritik an der LINKEN geübt wurde. Wesentlicher Auslöser war die Ablehnung der Durchführung des 4. Antifaschistischen Ratschlages durch den Stadtrat Mittweida. Am 10. März 2008 gab es im Regionalvorstand dazu eine weitere Debatte.

Unser damaliges Redaktionsmitglied Michael Matthes setzte sich unter der Überschrift „Antifa - unser gemeinsames Anliegen. Wirklich?“ ausführlich mit der Thematik auseinander. Auch Bernd Spollwig, der als Gast an der Debatte im Regionalvorstand teilnahm, meldet sich zu Wort.



Ebenfalls Bestandteil des Titelthemas -eins- der März-Ausgabe der LinksWorte aus dem Jahr 2008 war ein ausführlicher Bericht des Vorsitzenden der Kreistagsfraktion der LINKEN im Kreistag Mittweida, **JENS STAHLMANN**, über die Arbeit der Fraktion. Die PDS stellte im Ergebnis der Kreistagswahlen 2004 mit zwölf Abgeordneten die zweitstärkste Fraktion im Kreistag Mittweida und gleichzeitig die größte Oppositionsfraktion. Das war das Ergebnis, dass die PDS zu den Kommunalwahlen fast 30.000 Stimmen erreichte, was einen Stimmenanteil von 19,6 Prozent entsprach.



Wir berichteten unter der Überschrift «Mit Clara Zetkin im Herzen» über die Ehrung der glühenden Frauenrechtlerin in ihrem Geburtsort Wiederau (von den Feierlichkeiten in diesem Jahr siehe dazu unseren Bericht auf Seite -8-). Am Internationalen Frauentag 2008 nahm die damalige Landesvorsitzende **CORNELIA ERNST** an der Ehrung teil. Im Bild auch die damalige Stellvertretende Vorsitzende des Regionalverbandes **PETRA STEIDEN**.

Hinweis der Redaktion: Alle Ausgaben der LinksWorte können digital nachgelesen werden, wenn man über die Webseite des Kreisverbandes das Gesamtarchiv öffnet.

internationaler frauentag in der alten dorfschule wiederau und im "regenbogenhaus" freiberg

von **HANS WEISKE**

Es ist eine feste Tradition: Alljährlich am 8. März - dem Internationalen Frauentag - und am 5. Juli - dem Geburtstag von Clara Zetkin - kommen die Frauen aus der Region in Königshain-Wiederau zusammen, um **CLARA ZETKIN** zu ehren.

In Wiederau wurde sie im Jahr 1857 geboren und verbrachte bis zum Umzug der Familie nach Leipzig im Jahr 1872 ihre Kindheit. Dort wird sie zur Lehrerin ausgebildet und lernt den russischen Revolutionär Ossip Zetkin kennen. Zur I. Internationalen Konferenz sozialistischer Frauen im Jahr 1907 wurde sie zur Vorsitzenden des Sekretariats gewählt, zur II. Internationalen Konferenz 1910 initiierte sie die Einrichtung eines internationalen Frauentages. 1915 organisierte sie in Bern, der Hauptstadt der neutralen Schweiz, die Internationale Konferenz sozialistischer Frauen gegen den Krieg. Clara Zetkin gehörte als Mitglied der KPD während der gesamten Zeit seines Bestehens dem Reichstag der Weimarer Republik an. Am 30. August 1932



eröffnete sie als Alterspräsidentin die konstituierende Sitzung des 6. Reichstages der Weimarer Republik. Nach der Machtergreifung der Nazis wurde sie noch einmal ins Exil gezwungen. Diesmal ging sie in die Sowjetunion, wo sie bereits von 1924 bis 1929 ihren Hauptwohnsitz hatte. In Archangelskoje bei Moskau starb sie am 20. Juni 1933: Ihre Urne wurde an der Kremllmauer in Moskau beigesetzt.

Auch in diesem Jahr war die alte Dorfschule in Wiederau am Internationalen Frauentag wieder Treffpunkt. An der 1975 enthüllten Statue von Clara Zetkin wurden Blumen niedergelegt. Zu den Anwesenden sprach **ULRIKE BRETSCHNEIDER**, die für die PDS von 1994 bis 2004 im Sächsischen Landtag saß (mittleres Bild). Anschließend traf man sich zum gemütlichen Kaffeetrinken in der alten Dorfschule. Das Gebäude (oberes Bild) beherbergt als „Museum in der alten Dorfschule“ eine Dauerausstellung zum Leben und Wirken Clara Zetkins. Diese Ausstellung wird zurzeit neu gestaltet. Man hoffe, so **HELGA STEINERT** vom Ortsverein Heimat und Natur Königshain-Wiederau, bis zum Geburtstag Clara Zetkins am 5. Juli erste Ergebnisse präsentieren zu können. Helga Steinert, auch Vorsitzende des Ortsverbandes Burgstädt der LINKEN, verlas einige Episoden aus dem Leben von Clara Zetkin (unteres Bild).



von **RUTH FRITZSCHE**

Mit Beginn des Jahres 2022 haben wir uns in den Ortsverbänden Brand-Erbisdorf und Freiberg überlegt, nach einem Jahr Corona-Pause im März 2022 den Frauentag wiederum festlich zu begehen. Die Abstimmung hierüber war schnell erfolgt und so bereiteten die Genossen **BERND SCHNEIDER** die Einladungen, **BERND SCHADE** die Absprache mit dem „Regenbogenhaus“, **ACHIM GRUNKE** die kulturelle Umrahmung und ich die Blumenbereitstellung vor. Unser Treffen am 08. März konnte wie immer in einem angenehmen und festlichen Rahmen stattfinden. Genosse Achim Grunke eröffnete die Veranstaltung mit dem Dank an alle Frauen, die gerade jetzt in der Zeit der Pandemie im häuslichen und im Berufsleben das meiste auf ihren Schultern tragen müssen. Es war ganz klar, dass er angesichts des von Putin begonnenen Krieges gegen die Ukraine besonders der Frauen und Kinder gedachte, die zu Millionen aus ihrem Heimatland flüchten müssen und auch dazu aufrief, entsprechende Hilfe zu leisten, was besonders von Frauen schon tausendfach getan wird. Es passte sehr gut, dass die beiden aktiven Frauen **REGINA KLUGE** und **RITA HILLMANN**, die mit einem Frauenpreis anlässlich des Kreisparteitages geehrt wurden, durch Achim Grunke hervorgehoben wurden. Es war für die anwesenden Frauen und auch Männer ein entspannender Nachmittag mit schönen Unterhaltungen, Sekt, Kaffee und Kuchen und einer sehr schönen kulturellen Umrahmung von zwei Mädchen aus der Musikschule Freiberg, die mit ihrem Akkordeon bezaubernde Melodien spielten und uns viel Freude bereiteten.



„alternativer frauenpreis“ des jahres 2022 verliehen

von KATI VOIGT



INES STEFANOWSKY, die diesjährige Preisträgerin des „Alternativen Frauenpreises“ der LINKEN Mittelsachsen, ist 54 Jahre jung und kommt aus Döbeln.

Seit vielen Jahren engagiert sie sich ehrenamtlich in verschiedenen sozialen Bereichen. Sie begleitet das Projekt „Nähcafé“ in Döbeln, beteiligt sich in ihrer Freizeit an Impfkationen und unterstützt wohnungslose Menschen. Außerdem begleitet sie eine Suchthilfegruppe sowie eine psychiatrische Selbsthilfegruppe.

Aktuell engagiert sie sich zudem bei der Unterstützung von Menschen die aufgrund des Krieges aus der Ukraine fliehen mussten und leistet unverzichtbare Netzwerkarbeit.

Nach den Worten von Marika Tändler-Walenta, der Kreisvorsitzenden der mittelsächsischen LINKEN verdient ein derart breit gefächertes Engagement neben der hauptberuflichen Tätigkeit unsere absolute Wertschätzung.

vor-ort-termin beim flexiblen jugendmanagement in frankenberg



Von MARVIN JAMALE

Das flexible Jugendmanagement ist an den Kreisjugendring Mittelsachsen e.V. angegliedert, welcher sich aus verschiedenen, demokratischen Kinder- und Jugendverbänden zusammensetzt.

Das flexible Jugendmanagement (flex juma) möchte gerade in Flächenlandkreisen, zu denen auch Mittelsachsen zählt, Jugendliche dabei unterstützen, Jugendhäuser, Treffs und Freizeitgestaltungsmöglichkeiten – auf Grundlage demokratischer Werte – aufzubauen. Dabei wird konzeptionell, bei der Platzsuche oder auch beim Stellen von Förderanträgen, unterstützt.

Bei einem Vor-Ort-Termin am Mittwoch, den 16.02.2022 hat sich **MARIKA TÄNDLER-WALENTA**, Kreisvorsitzende der LINKEN, über den Alltag während Corona, den Umgang mit den Jugendlichen während der Kontaktbeschränkungen und den zu erwartenden finanziellen Verknappungen der Fördertöpfe, gerade im sozialen Sektor, informiert.

das neue gesicht



Auf Seite -12- gibt **PAUL SENF** mit einem Beitrag über die Friedenskundgebung am 23. Februar in Freiberg sein „Debüt“ als Autor in den LinksWorten. Im folgenden stellt er sich kurz selbst vor.

„Ich bin als Nachfolger von **FRANZISKA FEHST** der neue Mitarbeiter von **MARIKA TÄNDLER-WALENTA** im Landtag. Meine Aufgaben liegen vor allem in Dresden. Nichtsdestotrotz werde ich sicher auch ab und zu Wahlkreistätigkeiten übernehmen und ihr ein bisschen was von mir hören – so auch in den „LinksWorten“. Ich bin 24 Jahre alt und studiere derzeit Mathematik an der Technischen Universität in Dresden. Vor gut zwei Jahren bin ich in DIE LINKE eingetreten, um auch allgemeinpolitisch tätig zu werden. Hier bin ich im Kreisverband Dresden und dort vor allem in der Parteijugend aktiv. Mittlerweile bin ich auch der Jugendpolitische Sprecher der LINKEN Dresden. Ich freue mich auf jeden Fall, jetzt auch mehr mit euch Genoss*innen in Mittelsachsen zu tun zu haben.“ und bin gespannt, was die Zusammenarbeit bringt.

besuch im frauenhaus freiberg

von MARIKA TÄNDLER-WALENTA

Am 16. Februar 2022 war ich im Frauenhaus Freiberg, um mich über die aktuelle Situation schutzsuchender Frauen in Mittelsachsen zu informieren. Nachdem ich vor einigen Jahren gemeinsam mit der Europaabgeordneten Conny Ernst schon einmal im Frauenhaus Freiberg war, hat mich insbesondere die Entwicklungen der vergangenen zwei Jahre im Zuge der Corona-Pandemie interessiert. Zunächst habe ich erfahren, dass es keinen signifikanten Anstieg von schutzsuchenden Frauen im Landkreis Mittelsachsen gab. Laut polizeilicher Statistik gab es im Jahr 2020 im Landkreis Mittelsachsen 538 Fälle von häuslicher Gewalt. In unserem

Kreis haben wir das Problem, dass es nur diese eine Anlaufstelle in Freiberg gibt. Ausserdem ist die angekündigte Interventions- und Koordinierungsstelle bisher noch nicht besetzt. Damit fehlt Betroffenen von häuslicher Gewalt eine wohnortnahe erste Anlaufstelle.

Auch wenn ich bei meinem Gespräch erfahren habe, dass die kreisübergreifende Zusammenarbeit mit anderen Frauenschutzeinrichtungen in den vergangenen Jahren sich intensiviert hat, so wurde eng mit der entsprechenden Beratungsstelle in Chemnitz zusammengearbeitet. Mit der nun neuen Interventions- und Koordinierungsstelle in Mittelsachsen haben die betreffenden Schutzsuchenden nun die Möglichkeit wohfeldnahe, niederschwellige und vor allem

vorbeugende AnsprechpartnerInnen zu finden.

Als Abgeordnete konnte ich zudem einen Spendencheck der Fraktion in Höhe von 200 Euro überreichen. Im Anschluss an den Termin erhielt ich ein Dankeschreiben, welches mich sehr gerührt hat. „Auf diesem Weg möchten wir uns bei Ihnen recht herzlich für die Spende in Höhe von 200 Euro bedanken. Diese werden wir nun nutzen, um Schwimmbadgutscheine zu kaufen. Die Gutscheine werden im Laufe des Jahres an die bei uns schutzsuchenden Frauen und Kinder gegeben. Wir haben damit gute Erfahrungen gemacht. Die Frauen und ihre Kinder befinden sich in einer besonderen, manchmal recht schwierigen Situation. Sie sind dankbar, daß sie so auch manchmal Abstand gewinnen können (...)“.

der krieg und das völkerrecht

von ACHIM GRUNKE

Das Unvorstellbare, ja Unfassbare ist geschehen: Seit dem 24. Februar 2022 ist wieder Krieg in Europa. In den Morgenstunden überfiel russisches Militär die Ukraine unter eklatantem Bruch des Völkerrechts. In der Nacht hatte sich Präsident Putin in einer Fernsehansprache an das russische Volk gewandt, die auch als Quasikriegserklärung an die Ukraine anzusehen war. Als Rechtfertigung für das eigene Vorgehen führte er in seiner Rede die „blutige Militäroperation“ der NATO gegen Serbien 1999 und das militärische Eingreifen des Westens im Irak und in Libyen an, die allesamt nicht durch das Völkerrecht legitimiert waren. Doch wo kämen wir hin, wenn ein Rechtsbruch mit einem anderen Rechtsbruch zu entschuldigen wäre.

Aber in Russland darf der Krieg gegen die Ukraine gar nicht Krieg genannt werden, es handle sich nach Sicht der russischen Führung lediglich um eine „militärische Spezialoperation“. Wer in Russland dieser verharmlosenden Umdeutung nicht folgt und dennoch von Krieg spricht, riskiert eine unverhältnismäßig hohe Freiheitsstrafe. Nun gibt es aber für den Krieg recht eindeutige Definitionen, die in Politiklexika oder Militärhandbüchern nachzulesen sind.

Der Krieg und seine Ächtung

Krieg ist organisierte und planmäßige bewaffnete Gewaltanwendung, die stattfinden kann zwischen

- zwischen Staaten bzw. Staatenkoalitionen oder
- zwischen politischen Gruppierungen innerhalb eines Staates (Bürgerkrieg).

Mitunter werden Bürgerkriege auch als „Stellvertreterkriege“ anstelle der Großmächte geführt, bei denen dann verschiedene Großmächte die jeweils gegenüberstehenden Bürgerkriegsparteien indirekt oder direkt unterstützen. Aus dem 20. Jahrhundert kennen wir außerdem noch die antikolonialen Befreiungskriege.

Eine klassische Definition geht auf den preußischen Militärtheoretiker und -reformer Carl von Clausewitz zurück. Er meinte, „daß der Krieg nicht bloß ein politischer Akt, sondern ein wahres politisches Instrument ist, eine Fortsetzung des politischen Verkehrs, ein Durchführen desselben mit anderen Mitteln.“ (C. v. Clausewitz, Vom Kriege)

Kriege dienten jahrhundertlang bis zum I. Weltkrieg als legitimes Instrument zur Regelung von Streitigkeiten zwischen Herrschern oder Staaten, es galt das Recht zum Krieg (lat. *ius ad bellum*). Seit der Antike wurde in Lehren vom gerechten Krieg versucht, die Kriegsgründe, das Recht zur Kriegsführung, die Kriegsziele und auch die Art der Kriegsführung ethisch und rechtlich einzugrenzen. Dem dienten auch die Abkommen zur Haager Landkriegsordnung von 1899 und 1907, in denen bestimmte Regeln für das Verhalten im Krieg (Definition von Kombattanten, Umgang mit Kriegsgefangenen, Beschränkungen bei der Wahl der Mittel zur Kriegsführung, Verschonung bestimmter Gebäude und Einrichtungen wie z.B. Krankenhäuser usw.) festgelegt wurden, aber Kriege als solche nicht verdammt wurden.

Nach dem I. Weltkrieg, dem ersten Krieg in der Geschichte, der mit industriellen Mitteln geführt wurde und mit immensen materiellen Zerstörungen und über 9 Millionen Kriegstoten endete, begann ein erstes Umdenken. So wurde in der Satzung des 1919 gegründeten Völkerbunds die Ächtung von Angriffskriegen erstmals in einem internationalen Dokument festgehalten. Und im Vertrag über die Ächtung des Krieges (Briand-Kellogg-Pakt) von 1928 heißt es in Artikel 1: „Die Hohen Vertragsschließenden Parteien erklären feierlich im Namen ihrer Völker, daß sie den Krieg als Mittel für die Lösung internationaler Streitfälle verurteilen und auf ihn als Werkzeug nationaler Politik in ihren gegenseitigen Beziehungen verzichten.“

Das moderne Völkerrecht

In der UNO-Charta von 1945 werden in Artikel 2 Absatz 4 die Staaten aufgefordert, „sich in ihren internationalen Beziehungen der Gewaltanwendung oder Gewaltandrohung (zu enthalten), die gegen die territoriale Unverletzlichkeit oder politische Unabhängigkeit irgendeines Staates gerichtet oder in irgendeiner anderen Weise mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbar ist.“

In der UNO-Deklaration über die Prinzipien des Völkerrechts vom 24. Oktober 1970 wird der Aggressionskrieg (=Angriffskrieg) als ein Verbrechen gegen den Frieden hingestellt, das die Verantwortlichkeit auf Grund des Völkerrechts nach sich zieht. Und in der UNO-Resolution vom 14. Dezember 1974 wird Aggression als Anwendung von Waffengewalt durch einen Staat definiert, welche gegen die Souveränität, die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines anderen Staates gerichtet oder sonst mit der Charta der Vereinten Nationen unvereinbar ist. Als Aggressions- oder Angriffshandlungen werden dabei insbesondere genannt:

- die militärische Invasion oder der Angriff auf das Hoheitsgebiet eines anderen Staates;
- die Beschießung oder Bombardierung des Hoheitsgebietes eines Staates;
- die Blockade der Häfen oder Küsten eines anderen Staates;
- der Angriff auf die Streitkräfte eines anderen Staates;
- der Missbrauch von Stationierungsverträgen entgegen getroffenen Vereinbarungen;
- die Durchzugserlaubnis eines Staats für Aggressoren;
- die Entsendung bewaffneter Banden, Gruppen, Freischärler oder Söldner durch einen Staat zur Ausübung von Aggressionsakten.

Da der Begriff „Krieg“ in den Jahrzehnten nach dem II. Weltkrieg bis heute stark in Verruf geraten ist, zeigt sich eine Tendenz zur Verdrängung und Vermeidung dieses Wortes. Abschwächend und verharmlosend wird dann von „Aktionen“ oder „Operationen“ gesprochen, wie



Bronzeplastik: „Die zerstörte Stadt“
Von Ossip Zadkine 1953

jüngst durch die russische Führung zu ihrer Aggression gegen die Ukraine. Aber auf Neuheitswert kann dies keinen Anspruch erheben. Bis heute wird offiziell vermieden, z.B. die Bombardierung Serbiens 1999 oder Invasion der USA von 1983 in den kleinen Inselstaat Grenada als Krieg zu bezeichnen, weitere Beispiele ließen sich anführen. Legitim ist auf Grundlage von Artikel 51 der UNO-Charta

die individuelle und kollektive Selbstverteidigung eines jeden Staates gegen einen bewaffneten Angriff. Dieses Selbstverteidigungsrecht kann aber erst im Falle eines bereits erfolgten bewaffneten Angriffs in Anspruch genommen werden. Präventivkriege hingegen verstoßen gegen das Gewaltverbot und erfüllen selbst den Tatbestand der Aggression.

Völkerrechtliche Regeln im Krieg

Erste Regeln für das Verhalten im Krieg wurden wie oben schon erwähnt bereits in den Abkommen zur Haager Landkriegsordnung von 1899 und 1907 getroffen, die bis heute ihre Fortgeltung haben. Nach dem verheerenden II. Weltkrieg war es dringend geboten, die Regeln des humanitären Völkerrechts weiterzuentwickeln. Das geschah insbesondere mit den Genfer Abkommen I-IV von 1949 und die Zusatzprotokolle I und II von 1977 und III von 2005.

Wichtig im humanitären Völkerrecht ist die grundsätzliche Unterscheidung zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten. Kombattanten haben das Recht, an Feindseligkeiten direkt teilzunehmen und besitzen im Fall ihrer Gefangennahme Anspruch auf Behandlung als Kriegsgefangene. Als Nichtkombattanten gelten alle Angehörigen der Zivilbevölkerung, die als solche besonderen Schutz genießen. Kombattanten sind alle Angehörigen der Streitkräfte einer Konfliktpartei, mit Ausnahme des Sanitätspersonals und der Seelsorger. Zu den Streitkräften gehören auch die Angehörigen der Milizen und Freiwilligenkorps. Auch Partisanen- oder „Guerilla“-Kämpfer einer Konfliktpartei gelten als Kombattanten und haben einen Rechtsanspruch, als Kriegsgefangene behandelt zu werden. Kombattanten müssen als solche erkennbar sein, sie müssen ihre Waffen vor und während der Kampfhandlungen offen tragen. Sie verlieren den geschützten Kombattantenstatus, wenn sie nicht unterscheidbar von Zivilpersonen kämpfen, ihre Waffen nicht offen tragen oder die Uniform ihres Kriegsgegners tragen.

Bereits die Haager Landkriegsordnung enthielt den Grundsatz, dass die „Kriegführenden kein unbeschränktes Recht in der Wahl der Mittel zur Schädigung des Feindes“ haben. Nach Zusatzprotokoll I ist es verboten, „Waffen, Geschosse und Stoffe sowie Methoden der Kriegführung zu verwenden, die geeignet sind, überflüssige Verletzungen sowie unnötiges Leiden zu verursachen“. Ebenfalls dürfen keine Mittel und Methoden der Kriegführung zur Anwendung kommen, durch die ein weitreichender, lang andauernder und ernster Schaden für die natürliche Umwelt verursacht wird.

Prinzipiell ist es verboten, die Zivilbevölkerung, einzelne Zivilpersonen oder zivile Objekte anzugreifen. Angriffe dürfen grundsätzlich nur gegen militärische Ziele gerichtet werden. Besonderen Schutz genießen bestimmte zivile Objekte:

- kulturelle Objekte wie historische Denkmäler, Kunstwerke oder Kultstätten, die zum kulturellen oder geistigen Erbe der Völker gehören;
- Objekte, die für das Überleben der Zivilbevölkerung unerlässlich sind, z.B. landwirtschaftliche Produktionsstätten, Trinkwasser- und Bewässerungsanlagen;
- Anlagen und Einrichtungen, die gefährliche Kräfte enthalten, d.h. deren Bekämpfung besonders weitreichende, katastrophale Folgen haben kann wie Dämme, Deiche und Kernkraftwerke.

Besonders geschützt sind schließlich auch nichtverteidigte Orte wie z.B. eine für „offen“ erklärte Stadt und entmilitarisierte Zonen, über deren Festlegung die Konfliktparteien entsprechende Vereinbarungen treffen.

kreisvorstand aktuell

Der auf dem Kreisparteitag am 26. Februar neu gewählte Kreisvorstand führte am 9. März online seine erste Sitzung durch. Es wurden folgende Schwerpunkte beraten:

■ Auf der Grundlage des Angebotes der beim Landesvorstand gebildeten Arbeitsgruppe "Strukturreform", sich zeitnah an der Debatte in den Kreisverbänden zu beteiligen, wurde das Mitglied dieser Arbeitsgruppe, Tim Detzner, Vorsitzender des Stadtverbandes Chemnitz eingeladen. Es entwickelte sich eine angeregte Debatte zu den Konsequenzen, die sich vor allem finanziell für die Kreisverbände aus den angedachten Strukturveränderungen ergeben. Ein Kurzbericht dazu auf Seite -5-.

■ Zum Stand der Vorbereitung der Landrats- und Bürgermeisterwahlen. Was die Kandidatur für den Landrat betrifft, wurde dazu bereits im "alten" Kreisvorstand und auf der kreislichen Nominierungsveranstaltung eine Entscheidung getroffen. Es wurde beschlossen, dass sich die Kreisvorsitzende Marika Tändler-Walenta mit einer Email an die Mitglieder der Aktiv-Liste des Kreisverbandes wendet, für die Kandidatur von Dirk Neubauer in den Rathäusern Unterstützung-Unterschriften zu leisten. Für drei Standorte in Freiberg, Mittweida und Döbeln wurden Großflächen gebucht, auf welchen die Unterstützung der LINKEN für Dirk Neubauer zum Ausdruck kommt. Was die Bürgermeisterwahlen betrifft, ist von der LINKEN Volker Holuscha als Kandidat des Oberbürgermeisters in Augustusburg nominiert. Nach aktuellem Stand wird DIE LINKE u.a. in Freiberg, Rochlitz, Burgstädt und Leisnig parteilose Kandidat*innen oder Kandidat*innen anderer Parteien unterstützen. Der Kreisvorstand sprach sich dafür aus, in Flöha den Wahlkampf von Volker Holuscha nach Kräften zu unterstützen.

■ Die Verantwortlichkeiten der Mitglieder des Kreisvorstandes für die Unterstützung der Ortsverbände wurde festgelegt.

■ DIE LINKE wird am 17. Mai auf dem Döbelner Obermarkt eine Friedensveranstaltung durchführen. In diesem Zusammenhang wurde die Friedensdemo vom 23. Februar in Freiberg ausgewertet und die relativ geringe Resonanz seitens der Bevölkerung der Kreisstadt bedauert.

■ Genosse Jörg Hommel informierte über die Ergebnisse der Sitzung des Kreistages vom 2. März. Es wurde festgelegt, nach der Sommerpause eine gemeinsame Beratung des Kreisvorstandes und der Kreistagsfraktion durchzuführen. Im Sommer wird es drei Regionalkonferenzen mit den Mandatsträgern der LINKEN im Kreis und in den Kommunen geben.

unsere jubilarer



All unseren Genossinnen und Genossen mit runden und halbrunden Geburtstagen über Sechzig sowie unseren hochbetagten Geburtstagskindern gratulieren wir hiermit ganz herzlich!

Im April 2022 wird aus diesem Anlass gefeiert bei:

LIESBETH UHLEMANN	geb. am	01.04.1932,	in	Brand-Erbisdorf
MANFRED SCHNEIDER	geb. am	02.04.1935,	in	Flöha
RITA HILLMANN	geb. am	04.04.1935,	in	Oederan
HORST ESCHÉ	geb. am	04.04.1933,	in	Lichtenau
INA GUMPRECHT	geb. am	04.04.1942,	in	Penig
SIEGHARD KNOBEL	geb. am	05.04.1941,	in	Hainichen
IRENE DREXLER	geb. am	06.04.1932,	in	Rochlitz
INGEBORG WOLF	geb. am	06.04.1930,	in	Freiberg
WERNER WINKLER	geb. am	09.04.1924,	in	Seelitz
HILDA PREISS	geb. am	10.04.1922,	in	Ostrau
REGINA KLUGE	geb. am	13.04.1935,	in	Rechenberg-Bienenmühle
RAINER TIPPMAHN	geb. am	13.04.1941,	in	Freiberg
GERDA FANDRICH	geb. am	13.04.1937,	in	Lichtenberg
REINER DELLING	geb. am	13.04.1936,	in	Augustusburg
EDGAR KIRSTEN	geb. am	15.04.1935,	in	Waldheim
HEINZ ZIMMERMANN	geb. am	15.04.1927,	in	Freiberg
DIETER FRIEDRICH	geb. am	17.04.1936,	in	Penig
HORST ERLER	geb. am	19.04.1929,	in	Frauenstein
WILFRIED HÖHN	geb. am	20.04.1932,	in	Rochlitz
SYLVIA KREBS	geb. am	21.04.1952,	in	Mittweida
JOHANNES RIEDEL	geb. am	22.04.1934,	in	Brand-Erbisdorf
EDITH STARKE	geb. am	24.04.1941,	in	Mittweida
HELGA PEUKERT	geb. am	26.04.1939,	in	Brand-Erbisdorf
REGINA NEUENFELDT	geb. am	27.04.1939,	in	Mittweida
GISELA WAGNER	geb. am	28.04.1938,	in	Halsbrücke

In eigener Sache: An dieser Stelle hat seit jeher die Geburtstagsliste unserer Senioren in den „LinksWorten“ ihren Platz. Laut der aktuellen Datenschutzverordnung der EU dürften wir Namen eigentlich nur bei der dokumentierten Zustimmung jedes einzelnen Jubilars veröffentlichen. Wir haben diese Vorgabe für unsere Zeitung aktualisiert. Genossinnen und Genossen, die an dieser Stelle nicht (oder nicht mehr) genannt werden möchten, bittet die Redaktion im Vorab um Information.

historische daten und jahrestage im märz 2022

31.03. 1872: Alexandra Kollontai geboren

11. - 26.03. 1872: Leipziger Hochverratsprozess gegen August Bebel, Wilhelm Liebknecht und Adolf Hepner

01.03. 1922 Jitzchak Rabin geboren

18.03. 1922: Egon Bahr geboren

25.03. 1922: Gründung der Kommunistischen Partei Brasiliens

01.03. 1942: Erlass über die „planmäßige geistige Bekämpfung von Juden, Freimaurern und mit ihnen verbündeten Gegnern des Nationalsozialismus“

28. und 29.03. 1942: Lübeck wird als erste deutsche Großstadt bombardiert

01.03. 1947: Aufruf des Parteivorstandes der SED zur Durchführung eines Volksentscheids über ein einheitliches demokratisches Deutschland

07. - 09.03. 1947: Gründungskongress des Demokratischen Frauenbundes (DFD)

12.03. 1947: Verkündung der Truman-Doktrin

10.03. 1952: Stalin-Note mit Angebot eines Friedensvertrages für Deutschland

02.03. 1972: Veröffentlichung des Berichts „Grenzen des Wachstums“ vom Club of Rome

09.03. 1992: Menachem Begin gestorben

18.03. 2002: Klaus Croissant (deutscher Strafverteidiger) gestorben

terminübersicht

März 2022:

- 24.03. 19:00 Uhr Neu- und Jungmitgliedertreffen des Kreisverbandes (online)
- 25.03. 17:00 Uhr Friedenskundgebung Döbeln, Obermarkt, vor dem Rathaus
- 26.03. Landesjugendtag des Jugendverbandes [´solid]

April 2022:

- 06.04. 18:00 Uhr Sitzung des Kreisvorstandes Bürgerbüro Döbeln, Bahnhofstraße 1a
- 09.04. Gemeinsame Beratung von Landesvorstand und Landesrat
- 12.04. Online-Sprechstunde der Landesvorsitzenden Susanne Schaper und Stefan Hartmann
- 28.04. Girls Day

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger von Mittelsachsen,

seit über einem Jahr stehen wir gemeinsam vor erheblichen Herausforderungen für Groß und Klein, Jung und Alt. Im Zuge der Pandemie sind Entscheidungen gefällt worden, auf die wir als Opposition eine andere Sicht haben.

Es gibt viele gute Gründe, die Corona-Politik der Bundes- und Staatsregierung kritisch zu begutten. Als Linke Mittelsachsen tun wir das seit Beginn der Krise. Allerdings kritisieren wir die Regierung nicht dafür, dass sie die Gefahren des Corona-Virus ernst nimmt.

Wir kämpfen für mehr Bürgerbeteiligung durch die Schaffung sogenannter Räte, die Stärkung des Gesundheitsdienstes im ländlichen Raum, eine sofortige Vermögensgabe zum Ausgleich vor Krisenzeiten, eine bessere Finanzierung der Kinder- und Jugendarbeit sowie die Unterstützung von Vereinen.

Wir als LINKE möchten mit Ihnen gemeinsam die Voraussetzungen für einen zukunftsfähigen Landkreis gestalten.

Gemeinsam machen wir das Land gerecht.

DIE LINKE.

Dazu brauchen wir Ihre Unterstützung!

Insbesondere die Landrats- und Bürgermeisterwahlen stehen für uns in diesem Jahr im Fokus.

Als LINKE setzen wir uns gegen die Schließung von Krankenhäusern wie im Frankenberg und Rochitz sowie die Teilschließung in Leipzig ein.

Wir möchten die Resonanzvolle stützige Bahnstrecken wie Döbeln-Meißen oder Großbothen-Cobitz-Rochitz, auch den Radwegeausbau und ein Klimaschutzkonzept für den Landkreis vorantreiben.

Vor allem werden wir aber dafür sorgen, dass wir in Sachsen eine Wirtschafts- und Industriepolitik etablieren, die eine sozial-ökologische Wende vorantreibt. Damit wollen wir insbesondere für die Anpassung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West, Nord und Süd, Jung und Alt, Stadt und Land sorgen.

Wir müssen der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich entgegenwirken!

100% sozial gerecht DIE LINKE Mittelsachsen

Wir sind für Sie da!

Sie möchten aktiv werden und sich beteiligen? Sie haben vielleicht vor Ort ein Problem und suchen Mitstreiterinnen für die gemeinsame Sache? Sie möchten mitmachen ohne dabei gleich Mitglied einer Partei werden zu müssen? Wir haben verschiedene Möglichkeiten der Beteiligung, melden Sie sich bei uns!

Kreisgeschäftsstelle Freiberg
Lange Straße 34, 09599 Freiberg
03731 - 22 295
kontakt@dlm-ber-mittelsachsen.de

Bürgerbüro Döbeln
Bahnhofstraße 1a, 04720 Döbeln
03431 - 710045
events.dob@dlm-ber-mittelsachsen.de

Bürgerbüro Mittweida
Waldenstraße 8, 09648 Mittweida
03731 - 22 295 (Freiberg)
mittweida@dlm-ber-mittelsachsen.de

und natürlich im Netz!
www.dlmtm-mittelsachsen.de
facebook.com/DIE.LINKE.Mittelsachsen
instagram.com/dlkmittelsachsen

DIE LINKE.

Vorder- und Rückseite des Aktivierungs-Flyers des Kreisverbandes

Wie bereits in unserer Februar-Ausgabe angekündigt, hat unsere Kreisvorsitzende Marika Tändler-Walenta, eine langfristige Flyer-Aktion zur (Re-)aktivierung von Wähler*innen der LINKEN gestartet. Wir bilden die Vorder- und Rückseite des Flyers ab, von dem 30.000 Stück zur Verfügung stehen.

WIR MACHEN MIT!

Girls' Day
Mädchen-Zukunftstag
girls-day.de

Girl's Day
am 28. April
DIE LINKE.

Friedenskundgebungen in Freiberg ...

von **PAUL SENF**

Während wir am 23.02. als einer der ersten Kreisverbände der LINKEN in Sachsen eine Friedensdemo zum Konflikt zwischen der Ukraine und Russland auf dem Obermarkt in Freiberg organisierten, konnten wir die folgende Eskalation zwar erahnen, aber noch hoffen, dass es doch nicht so weit kommen würde. Mittlerweile wissen wir, dass der kleine Funke Hoffnung auch vergebens war. Schon ein Tag später begann der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine offiziell und all unsere Befürchtungen wurden wahr. Am 23. folgten unserem Demoaufruf unter dem Motto „Vernunft ist alles was zählt“ über 50 Leute, um für Frieden in der Ukraine zu demonstrieren. Mit musikalischer Untermauerung und dem aufblasbaren Panzer mit verbogenem Rohr haben wir – sichtbar für viele Freiburger*innen – bereits früh ein Zeichen gegen Krieg und vor allem auch Solidarität mit der zivilen Bevölkerung und allen Betroffenen des Krieges gesetzt. Redebeiträge kamen sowohl von Marika, als auch Dirk Neubauer, dem Bürgermeister von Augustusburg und von uns unterstützten Kandidaten zur Landratswahl. Marika betonte die allgemeine linke Perspektive auf Außenpolitik und machte klar, dass wir als LINKE in dieser Situation, wie in der Vergangenheit auch, für friedliche diplomatische Lösungen und gegen eine Spirale des Aufrüstens stehen. Sie sprach ihre Solidarität für betroffene Menschen auf beiden Seiten der Frontlinie aus und forderte konkrete und schnelle Hilfsangebote für sie.

Dirk Neubauer schloss sich dem Gedanken nach schneller Hilfe für die Betroffenen an und berichtete davon wie er mitbekommt, dass diese angespannte Situation und ein drohender Krieg in Europa uns alle beschäftigt und betrifft.



Landratskandidat Dirk Neubauer, unterstützt von der LINKEN, während seines Redebeitrags zur Friedenskundgebung am 23. Februar in Freiberg

... und in Geringswalde



Für den 1. März hatte das kürzlich gegründete Aktionsbündnis „Geringswalde aufstehen“ zu einer Friedenskundgebung aufgerufen. Anlass ist der Krieg Russlands gegen die Ukraine. Es wurde eine Friedenstaube entsendet und dazu aufgefordert, Briefe an die russische und ukrainische Botschaft zu schreiben mit der Forderung, die Kriegshandlungen unverzüglich einzustellen. Lasst uns Licht in die Welt bringen und entzündet eure Kerzen“, heißt es weiter. Die Briefe wurden zur Kundgebung gesammelt und weitergeleitet.